

**St. Peters Bote,**  
 die älteste deutsche katholische Zeitung  
 in Canada, erscheint jeden Donnerstag in  
 Münster, Sask., und kostet bei Voraus-  
 bezahlung:  
 In Canada, per Jahrgang \$2.00  
 In den Staaten u. Ausland, \$2.50  
 Einzelne Nummern 10 Cents.  
 Anzeigen werden berechnet zu  
 1.00 Dollar pro Zeile einseitig für die  
 erste Einrückung, 50 Cents pro Zeile für  
 nachfolgende Einrückungen.  
 Lokalanzeigen werden zu 20 Cents pro  
 Zeile wöchentlich berechnet.  
 Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00  
 pro Zeile für 4 Insertionen, oder \$20.00  
 pro Zeile jährlich berechnet. Rabatt bei  
 großen Aufträgen gewährt.  
 Jede nach Ansicht der Herausgeber  
 für eine unpassende Anzeige wird unbe-  
 dingt zurückgewiesen.  
 Man adressiere alle Briefe u.s.w. an  
**ST. PETERS BOTE,**  
 Münster, Sask., Canada.

# St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. hien + Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. hien + Erzbischofs Langervin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner Vätern zu Münster, Sask., Canada.

19. Jahrgang, No. 26. Münster, Sask., Donnerstag den 10. August 1922. Fortlaufende No. 962.

**St. Peters Bote,**  
 the oldest Catholic newspaper in  
 Saskatchewan, is published every  
 Thursday at Münster, Sask. It is  
 an excellent advertising medium.  
 SUBSCRIPTION:  
 \$2.00 per year, payable in advance.  
 \$2.50 to the United States and abroad  
 Single numbers 10 cents.  
 ADVERTISING RATES:  
 Transient advertising \$1.00 per inch  
 for first insertion, 50 cents per inch  
 for subsequent insertions. Reading  
 Notices 20 cents per count line.  
 Display advertising \$2.00 per inch for  
 4 insertions, \$20.00 per inch for  
 one year. Discount given on large  
 contracts. Legal Notices 12 cts. per  
 agate line 1st insertion, 8 cts. later.  
 No advertisement admitted at any  
 price, which the publishers consider  
 unsuited to a Catholic family paper.  
 Address all communications to  
**ST. PETERS BOTE,**  
 Münster, Sask., Canada.

## Vom Ausland.

**Berlin.** Der neuerliche weite Sturz des Kurses der Reichsmark, die bis über 900 auf den Dollar kam, steht augenblicklich in Deutschland weit im Vordergrund des Interesses, überschattet selbst den Konflikt mit Bayern, dessen gütliche Lösung jetzt in die Wege geleitet scheint. Man sagt sich, daß eine Katastrophe unvermeidlich ist, wenn nicht sofort entschlossene Gegenmaßnahmen getroffen werden. Dabei wird betont, daß an der gegenwärtigen Krise Deutschlands durchaus schuldlos, dieselbe nicht durch irgendwelche innerpolitische Vorgänge, sondern durch das Verhalten der Entente, die weitere Verzögerung der Entscheidung über die Stundungsfrage herausgeschworen sei. Wie in Berlin verlautet, beabsichtigt der Reichsfinanzminister unter anderem ein Verbot gegen Valuta-Spekulation, mit dem aber das Uebel durchaus nicht an der Wurzel getroffen wird. Es wird von sachverständiger Seite mit Nachdruck betont, viel notwendiger als alle berattigen Mittelchen wäre, daß die Reichsregierung der Entente klar und deutlich zu verstehen gäbe, mit Frankreichs gegenwärtiger Entschädigungs-Politik gehe es nicht weiter, denn die Erfüllung müsse unter den jetzigen Bedingungen zur Katastrophe werden. Selbst „Germania“, das Blatt des Zentrums, der Partei des Reichskanzlers der Erfüllungspolitik, schreibt, man sei an der Grenze des Möglichen angelangt, wenn die Bevölkerung nicht durch Hunger zum Wahnsinn getrieben werden solle, niemand könne vom deutschen Volke Selbstmord verlangen. Die Lage, sagt das genannte Blatt, sei jetzt auf dem Punkte angekommen, wo die Regierung mit Bestimmtheit erklären sollte, trotz aller Bemühungen sei es ihr schiedsdinglich unmöglich, die jetzigen Entschädigungsbedingungen zu erfüllen.

Wie in Berlin mitgeteilt wird, soll demnächst weiteres schriftliches Beweismaterial für die Absichten der Franzosen auf das linke Rheinufer veröffentlicht werden. Es handelt sich um eine Korrespondenz eines gewissen Eichhorn, der für Selbständigkeit der Rheinpalz Propaganda macht, mit General Mangin und anderen höheren französischen Offizieren, sowie Staatsmännern, mittelbar schließlich mit Präsident Millerand selbst. Diese Schriftstücke erbringen den Beweis dafür, daß, trotz aller amtlichen Ablehnungen, Frankreich seit der Besetzung des linken Rheinuferes auf Grund des Waffenstillstandes hier politische Absichten, d. h. den Wunsch nach dauerndem Besitz dieses Gebietes hatte; es geht aus ihnen weiter hervor, daß in dieser Absicht die französische Regierung im geheimen durch Agenten Losrennungs-Bewegungen im Rheingebiet, wenn nicht unmittelbar geleitet, so doch unverkennbar gefördert und finanziell wie moralisch unterstützt hat.

Die von Paris ausgesandte Meldung, daß deutsche reaktionäre Kreise an einem angeblichen Komplott gegen das Leben des französischen Premiers Poincaré beteiligt wären, wird hier entschieden in Abrede gestellt. Die Ueberzeugung wird ausgesprochen, daß diese Gerüchte lediglich französische Propaganda sind, um den Deutschen alle möglichen bösen Absichten in die Schuhe zu schieben.

Der italienische Industrie-Minister, Graf Teofilo Rossi, und der deutsche Vorkäufer in Italien, Graf von Neurath, haben ein Uebereinkommen bezüglich des Rückkaufs des früheren deutschen Eigentums in Italien durch die Reichsregierung unterzeichnet. Die deutsche Reichsregierung wird das beschlagene deutsche Eigentum in Italien als Ganzes zurückkaufen und den vormaligen Eigentümern zurückgeben. Der Kaufpreis ist auf 800,000,000 Lire angelegt worden und ist in Teilzahlungen zu erledigen. Die erste Teilzahlung wird zur Zeit der Ratifizierung des Abkommens fällig. Von den Bestimmungen dieses Uebereinkommens ist das Eigentum ausgeschlossen, das bereits seitens der italienischen Regierung aus politischen, historischen oder militärischen Gründen nationalisiert worden ist.

Dr. Otto Wiedfeldt, der deutsche Vorkäufer für die Ver. Staaten, hat bei dem amerikanischen Vorkäufer, Manson B. Houghton, vorgeschlagen und sich das Patrimonium für die Rückfahrt nach den Ver. Staaten ausfertigen lassen. Erst vor einer Woche war der deutsche Vorkäufer von Amerika zurückgekehrt um dringende Privatangelegenheiten zu besprechen. Seine Rückfahrt nach Washington erlebte die früheren Gerüchte von seiner möglichen Ernennung zum deutschen Außenminister, als Nachfolger von Dr. Rathenau.

Europa steht heute auf der Schwelle einer gründlichen Neugestaltung seiner internationalen Gruppierungen, wie scharfsichtige Diplomaten meinen. Jemand ein Tag, sagten sie, dürfte eine Zerbröckelung gegenwärtiger Allianzen bringen, die seit dem Waffenstillstande veraltet geworden sind. Italien, der Feind Deutschlands im Weltkriege, unterstützt jetzt Großbritannien in seiner sympathischen Stellung gegen Deutschland. Das rührt nicht von Freundschaft her, sondern von einem Verständnis, daß der volle Zusammenbruch Deutschlands andere europäische Staaten nach sich ziehen würde.

Der Berliner Polizei ist es gelungen, noch einen französischen Spion zu verhaften, der, wie der berüchtigte Dr. Anspach, den französischen Beamten meist gefälschte Dokumente lieferte welche Deutschland in ein schlechtes Licht stellten. Es waren Berichte über Geheimverträge, Mobilisierungspläne, Armeearrangierungen und Munitionslager. Der Verhaftete heißt Karl Schuchardt und stammt aus Leipzig. Er hat eingestanden, für den französischen General Koller, Haupt der französischen Militärmission in Berlin, für Oberst Plaisiard, Haupt der französischen Kontroll-Kommission in Dresden, und für den französischen Sergeant Mesangin gearbeitet zu haben. Schuchardt ist ein Abenteurer, der 1920 aus Saloniki deportiert wurde. Der französische General in Mainz warb ihn zur Spionage an. Für jedes Dokument, das er den Franzosen lieferte, erhielt er 1,200 Mark. Schuchardt ließ sich auch zum Ausspionieren von Industri-

geung wird ausgesprochen, daß diese Gerüchte lediglich französische Propaganda sind, um den Deutschen alle möglichen bösen Absichten in die Schuhe zu schieben.

— In der deutschen Presse werden die Erörterungen über die Debatte der Lusitania eifrig fortgesetzt. Vor allem die nationalgeleitete Presse dringt darauf, daß alle Begleitumstände in Verbindung mit der Versenkung des Dampfers aufgeklärt werden. Die tägliche Rundschau meldet, daß der amerikanische Bergungsdampfer Blafelen den Kaiserstrand de Lusitania, in dem sich die Schiffsfragmente befinden, zu heben versuchen werde. Im Anschluß daran wird das Berliner Blatt die Frage auf, warum diese Bergung nicht warten kann, bis der ganze Dampfer demnächst gehoben werden wird. Jerner findet es das genannte Blatt merkwürdig, daß Nitroglycerin bei dieser Bergung verwendet werden soll, während es doch möglich sein würde, den ganzen Dampfer innerhalb kurzer Zeit unbeschädigt zu heben, unbeachtet des Schadens, den die Lusitania bei ihrer Versenkung erlitt.

Die Zahl der Schwindsuchtsfälle hat sich gegen das Jahr 1913 verdreifacht, so daß die preussische Regierung energische Maßnahmen angeordnet hat. Vor allem muß jeder einzelne Fall der Anklage polizeilich angemeldet werden. Außerdem ist dem Bezirksarzt innerlich von 8 Tagen jeder Fall von Lungens- und Kehlkopfschwindsucht zu melden und Todesfall an diesen Krankheiten innerhalb 24 Stunden bakteriologische Untersuchung stellt dann fest, ob kein Firtum vorlag, und die Räume müssen desiniziert werden. Haushaltungsvorstände oder Ärzte, die die Anmeldungen unterlassen, haben 1500 Mark Strafe zu zahlen.

Provinzialblätter in Preußen, die bisher Amtsblätter der örtlichen Behörden gewesen, werden sich bei der Abfassung ihrer Leitartikel den Beschlüssen der Reichsregierung zu fügen haben, widrigenfalls ihnen die amtlichen Anzeigen entzogen werden und sie die Einnahmen aus dieser Quelle einbüßen. Durch eine in diesem Sinne gehaltene Verfügung des preussischen Ministers des Innern sind eine große Anzahl Provinzialzeitungen betroffen worden, die für die republikanische Regierung herzlich wenig übrig haben.

Aus den Gebieten, welche Deutschland an Polen abtreten mußte, kommt die Nachricht, daß die deutschen Ansiedler von den polnischen Behörden hart bedrängt werden. Die Frist für die Ausweisung dieser Kolonisten, deren Fleiß und Sparsamkeit soviel zum Gedeihen des Landes beigetragen haben, ist nur bis Ende September hinausgeschoben worden. Dies geschieht offenbar zu dem Zwecke, um die Deutschen zu zwingen, ihre Besitzungen mit großen Verlusten loszuschlagen.

München. Bayern. Das Ministerium des Premiers Grafen Lechenfeld hat nach einer Debatte über die Ausführung des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik ein Vertrauensvotum erhalten. Für die Regierung stimmten die bayerische Volkspartei, der bayerische Bauernbund und die bayerische Mittelpartei. Premier Lechenfeld erklärte, die bayerische Regierung sei bereit, alles zu bewilligen, was zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen deutschen Verfassung notwendig sei. Das könne aber nicht

durch bloße Unterdrückungsmaßnahmen erreicht werden, sondern erfordere eine gemäßigte Politik der Versöhnung und Abheilung wirtschaftlicher Schäden. Die ausgedehnte Unruhe in Bayern, sagte er, sei durch die Furcht veranlaßt, daß die Selbständigkeit allmählich verloren gehe und daß Bayern zu einer Provinz herabsinke. Bayern wolle die Reichsverfassung loyal und energisch verteidigen, werde aber seine richterliche Selbständigkeit nicht antasten lassen. Im ganzen sieht man hier die Angelegenheit weniger tragisch zu nehmen als in Berlin. Es ist vor allem dem geschickten und rechtzeitigen Eingreifen des Reichspräsidenten zu verdanken, daß der bayerische Zwischenfall ohne ernste Folgen abgelaufen ist. Nachdem das Kabinett zwei Sitzungen abgehalten hatte, die beide resultatlos verliefen, berief Präsident Ebert eine dritte Kabinettsitzung ein. Es gelang ihm, in dieser den Eifer des Reichskanzlers zu dämpfen und ihn für eine veröhnliche Politik zu gewinnen. Ebert betonte, daß die Regierung wichtigeres zu tun habe, als sich in innerpolitischen Streitfragen zu erschöpfen, und er konnte das Kabinett schließlich für seine Auffassung gewinnen. Wahrscheinlich wird der Reichskanzler den ganzen Streitfall dem Reichsgericht unterbreiten.

Der vormalige russische Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der Oheim des ermordeten Zaren Nikolaus und Oberbefehlshaber der russischen Truppen in den ersten Kriegsjahren, ist in Bayern angelangt, wie die in Berlin erscheinende russische Zeitung „Kul“ berichtet. Der Großfürst ist eines der wenigen Mitglieder des Hauses Romanow, die nicht in die Gewalt der Bolschewisten gerieten und umgebracht wurden. Er lebte bis vor kurzem in Italien.

In Oberammergau werden neulich das Hänsel und Gretel heim für pflegebedürftige Münchener Kinder eingeweiht. Es wurde gefestigt von der Frau Marie Mattfeld, Opernsängerin in New York, einer geborenen Münchenerin. Frau Mattfeld hat es durch stanzente, Verlesungen und andere Veranstaltungen sowie durch eine eigene große Spende ermöglicht, das von Sommerzienart Guido Lang gegründete Krieger Waisenhaus auszubauen und zu seiner Betriebführung noch über eine halbe Million zur Verfügung zu stellen. In dem Heim haben etwa 30 Kinder im Alter von zweieinhalb bis fünf Jahren unter der Obhut von Schwestern vom Allerheiligsten Heiland Aufnahme gefunden. Das schmucke, in den Stil des Dorfes sich einfügende Haus trägt das Bild der hochherzigen Stifterin.

Leipzig. Eine verheerende Feuersbrunst hat die Stadt Leipzig aufgezehrt. Die großen Anlagen der chemischen Werke König gerieten in Brand und wurden völlig eingeeicht. Die Lösungsmaßnahmen vermochten gegen die von chemikalischen Borräten genährten Flammen nichts auszurichten. Der Brandschaden beziffert sich auf Millionen.

Dublin, Irland. Durch den Krieg zwischen den Regierungstruppen und den Rebellen wurden bereits große Strecken des irischen

Freistaats verwüstet. 60 Brücken sind schon gesprengt und Bahngelände an mehr wie 100 Stellen aufgerissen worden. Große fruchtbarere Landereien wurden in Wästen verwandelt, hunderte von Gebäuden eingeeicht. Der telegraphische und Telefonverkehr ist gestört und viele Fabriken sind geschlossen worden. In Finanzkreisen wird die Befürchtung ausgesprochen, daß der Bürgerkrieg der Nation so hoch zu stehen kommen werde, daß Bankrott drohen werde. Nach den letzten Berichten haben die Freistaatstruppen weitere Fortschritte in der Säuberung des Landes von Irregularien gemacht, und nur noch vereinzelte Distrikte im südwestlichen Teil Irlands sind in der Gewalt der Rebellen. Kardinal Logue drohte in einem Schreiben an den Pfarrer von Dundalk, die ganze Gemeinde zu exkommunizieren, wenn man sich dort nicht friedlich verhalte.

Paris. Die Alliierten haben sich geweigert, die monatlichen Zahlungen, welche die deutsche Regierung zur Tilgung von privaten deutschen Vorkriegsschulden an Bürger der alliierten Länder leisten muß, herabzusetzen. Deutschland hatte in Verbindung mit seinem Gesuchen um ein Moratorium darüber nachgedacht, daß diese monatlichen Zahlungen vermindert würden, weil es schwer falle, ausländisches Geld für die Leistung dieser Zahlungen zu kaufen. Poincaré verweigert nun jegliche Herabsetzung dieser Zahlungen und droht mit Strafmaßnahmen. (Wie es heißt, hat die deutsche Regierung in ihrer Antwort erklärt, sie sei einfach außer Stande die Zahlungen auf die vorgeschriebene Art zu leisten, sei aber bereit, über neue Vorschläge zu verhandeln.)

Mitglieder der Kammer legten Poincaré einen Plan zur Bestrafung Deutschlands vor, wenn dies sich weigere zu zahlen. Zu diesem Plan gehören Kostentragung des Rheinlandes von Deutschland mit eigenem Parlament und eigener Regierung und einer gesonderten Finanzverwaltung unter Aufsicht der Alliierten. Alle nicht-rheinischen Beamten wurden vertrieben und durch einheimische ersetzt. Mit diesem Plan, der eine unerhörte Vergewaltigung der Deutschen und der Rheinländer im Besonderen darstellte, haben die Franzosen ihre im Geheimen längst gehegten Absichten auf das Rheinland offen zugegeben.

Großbritannien hat eine Note an alle seine Verbündeten gesandt, in denen diese höflich aber bestimmt ersucht werden, die Geldsummen, welche ihnen England während des Krieges geborgt habe, zurückzahlen. Poincaré hatte eben einen Plan vollendet, unter welchem er eine Ermächtigung der von Deutschland zu leistenden Entschädigungsannehmungen konnte, falls Frankreichs Kriegsschuld an Großbritannien aufgehoben würde. Die Veronachtung der britischen Note befehligt jedoch jeden Gedanken daran.

Bei Tarles wurden 40 Pilger, die sich auf einer Wallfahrt nach Lourdes befanden, bei einem Zusammenstoß zweier Bahnzüge getötet und 52 verletzt. Der Zug, in dem die Pilger sich befanden, konnte eine Steigung nicht erklimmen, sollte zurück und traf einen anderen Zug, der nachfolgte. Der Unfall ereignete sich mitten in der Nacht.

Strasburg, Elsaß. Die neue elsässische Partei, die Gründung eines Sohnes des verstorbenen Staatssekretärs Jörn von Vulach, hielt eine Hauptversammlung in Straßburg ab, in der v. Vulach erklärte, seine Partei diene weder dem Neutralismus, noch der deutschen Propaganda, sie sei aber die Partei der beleidigten Elsässer, Franzosen zweiter Klasse. Ihre Hauptforderung sei die vollständige Gleichberechtigung der deutschen und französischen Sprache in der Verwaltung. Die wichtigsten Beamtenstellen im Elsaß seien den Elsässern vorzubehalten.

Rom. Nachdem er von einem geheimen anarchischen Tribunal des Verrates an dem Anarchismus schuldig befunden war, wurde der Anwalt Gaetano Guarni von einer Gruppe Anarchisten ausgepeitscht. Sein Zustand ist bedenklich. Der Verurteilte wurde schuldig befunden, von der französischen Vorkriegsschulden zu sein, in Italien eine anarchische Bewegung ins Leben zu rufen, die den Anarchisten erwecken sollte, als sie von Deutschland aus angeliefert.

König Victor Emanuel von Italien soll bei seinem kürzlichen Besuch in Dänemark von der früheren Jarenmutter von Mexiko schwer gekränkt worden sein. Sie ließ ihm sagen, daß sie ihn nicht in ihre Haus lassen werde; sie möchte einen Mann, der Händedrucke mit den Mördern ihres Sohnes gewechselt habe, nicht sehen. Dies bezieht sich auf den Verlehr des Königs von Italien mit den Sowjetvertretern bei einem Bankett in Genua während der dortigen Konferenz.

Schon seit längerer Zeit erregen die Ausdehnungen der Faschisten (einer nationalistischen Partei, die sich ursprünglich zur Bekämpfung der Kommunisten bildete) in Italien die öffentliche Meinung. Nach und nach wurde diese Partei zu einer öffentlichen Gefahr, denn nicht nur Sozialisten und Katholiken wurden überfallen, terrorisiert und ermordet, sondern die schwerbewaffneten Faschisten besetzten sogar Regierungsgebäude und besetzten den Regierungstruppen richtige Schlachten. In den letzten Tagen wurde die Lage so ernst, daß in mehreren Provinzen der Kriegszustand erklärt werden mußte. Der Papst ermahnt zum Frieden und warnt vor dem Bürgerkrieg.

Warschau. Das polnische Parlament hat anfrage des Bundesrats des Präsidenten Pilsudski die am 14. Juli beschlossene Komination von Abalbert Korfanty zum Premier zurückgezogen und dem Präsidenten bei der Bildung eines neuen Kabinetts vier Hand gegeben. Präsident Pilsudski schickte hierauf Dr. Julian Kozak, Rektor der Universität in Krakau, zum Ministerpräsidenten vor und dessen Komination wurde im Sejm mit 240 gegen 184 Stimmen bestätigt.

Sofia. Die bulgarische Regierung hat auf die Forderung der Wiedergutmachungs-Kommission geantwortet, die 11,000,000 Goldfrank für ein dreijähriges Moratorium verlangt. Die Antwort führt aus, daß eine derartige Zahlung die derzeitigen Kasse in Verwirrung bringen werde, da die Höhe der Schulden Bulgariens noch nicht festgestellt sei, müsse die Zahlung einer derartigen Summe als ungebracht bezeichnet werden.

Strasburg, Elsaß. Die neue elsässische Partei, die Gründung eines Sohnes des verstorbenen Staatssekretärs Jörn von Vulach, hielt eine Hauptversammlung in Straßburg ab, in der v. Vulach erklärte, seine Partei diene weder dem Neutralismus, noch der deutschen Propaganda, sie sei aber die Partei der beleidigten Elsässer, Franzosen zweiter Klasse. Ihre Hauptforderung sei die vollständige Gleichberechtigung der deutschen und französischen Sprache in der Verwaltung. Die wichtigsten Beamtenstellen im Elsaß seien den Elsässern vorzubehalten.

Rom. Nachdem er von einem geheimen anarchischen Tribunal des Verrates an dem Anarchismus schuldig befunden war, wurde der Anwalt Gaetano Guarni von einer Gruppe Anarchisten ausgepeitscht. Sein Zustand ist bedenklich. Der Verurteilte wurde schuldig befunden, von der französischen Vorkriegsschulden zu sein, in Italien eine anarchische Bewegung ins Leben zu rufen, die den Anarchisten erwecken sollte, als sie von Deutschland aus angeliefert.

König Victor Emanuel von Italien soll bei seinem kürzlichen Besuch in Dänemark von der früheren Jarenmutter von Mexiko schwer gekränkt worden sein. Sie ließ ihm sagen, daß sie ihn nicht in ihre Haus lassen werde; sie möchte einen Mann, der Händedrucke mit den Mördern ihres Sohnes gewechselt habe, nicht sehen. Dies bezieht sich auf den Verlehr des Königs von Italien mit den Sowjetvertretern bei einem Bankett in Genua während der dortigen Konferenz.

Schon seit längerer Zeit erregen die Ausdehnungen der Faschisten (einer nationalistischen Partei, die sich ursprünglich zur Bekämpfung der Kommunisten bildete) in Italien die öffentliche Meinung. Nach und nach wurde diese Partei zu einer öffentlichen Gefahr, denn nicht nur Sozialisten und Katholiken wurden überfallen, terrorisiert und ermordet, sondern die schwerbewaffneten Faschisten besetzten sogar Regierungsgebäude und besetzten den Regierungstruppen richtige Schlachten. In den letzten Tagen wurde die Lage so ernst, daß in mehreren Provinzen der Kriegszustand erklärt werden mußte. Der Papst ermahnt zum Frieden und warnt vor dem Bürgerkrieg.

Warschau. Das polnische Parlament hat anfrage des Bundesrats des Präsidenten Pilsudski die am 14. Juli beschlossene Komination von Abalbert Korfanty zum Premier zurückgezogen und dem Präsidenten bei der Bildung eines neuen Kabinetts vier Hand gegeben. Präsident Pilsudski schickte hierauf Dr. Julian Kozak, Rektor der Universität in Krakau, zum Ministerpräsidenten vor und dessen Komination wurde im Sejm mit 240 gegen 184 Stimmen bestätigt.

Sofia. Die bulgarische Regierung hat auf die Forderung der Wiedergutmachungs-Kommission geantwortet, die 11,000,000 Goldfrank für ein dreijähriges Moratorium verlangt. Die Antwort führt aus, daß eine derartige Zahlung die derzeitigen Kasse in Verwirrung bringen werde, da die Höhe der Schulden Bulgariens noch nicht festgestellt sei, müsse die Zahlung einer derartigen Summe als ungebracht bezeichnet werden.